

# Die Gewerkschaft



Handes, den  
23 ab auf 1  
referierte  
nder Antra  
Kaffee soll  
erforderliche  
stellungen ge  
e Kontrolle  
affen  
stochen. Der  
zwei schwere  
an einem W  
hörte er dem  
de er neben  
ählt. Währen  
Bezirk Bochum  
rbeiterfretür  
m s im Aibe  
bs. Am 5. 8  
aidenburger  
egelung sieb  
Hamm, über  
dann als B  
Bochum un  
In raffiner  
Treu ge die  
die Bergan  
a im Schid  
und Gewer  
schaftsbeam  
empfeht es  
Recht und  
dem Erlaß:  
Tariffreitig  
onen, um bet  
Gewerkschaft  
namentlich n  
lügen Verstä  
rien Arbeitneh  
gewerkschaft  
igkeit im Sta  
en organisator  
oft gefährden  
unhändigen  
es Streitfaß  
der tatsächl  
Schlichtung  
mit der Tätig  
Staat geförde  
nicht nur un  
der Interessen  
ch die geförde  
keinen Sinn  
n meinem früh  
I 12 590 - d  
ählich Natthar  
ngsausdruck b  
dres der Gew  
berverbandes)  
was ich dama  
sten, daß der  
stif abschließ  
schub tätig ist  
Abteilung: „Hil  
e n u s f ä  
och vorhanden  
7500 Mt bet  
se von 800  
re Befehlun  
der Abteilung  
Walterhaeren



aigedanken 1923. Als im Juli 1889 die zweite sozialistische Internationale den Weltfeiertag der Arbeiter proklamierte, trat vor allem der Arbeiterschutz in den Vordergrund des Bestrebens. Achtstundentag und Völkerverträge waren die programmatischen Forderungen, die auf dem Wege zum Sozialismus die wichtigsten Etappen bilden sollten.

Unter den heftigen Gebirgswehen einer neuen Zeit stehen und es ist kaum einem Lebenden beschieden, klar zu erkennen, wo der Schicksalspfad uns noch führt, bevor wir eine wahrhaft menschliche Gesellschaft durchführen können. Eins aber wissen wir:

Ohne den festen Willen zur Gemeinsamkeit ohne viel vorbereitete Betätigung und ohne unermüdlige Opferwilligkeit wird Leidensweg der Arbeiterklasse aller Länder gewaltig verlängert.

Es ist in der gegenwärtigen Zeit überaus schwer, allen Zweifeln und Indifferenten das Evangelium des Sozialismus beibringen. Allzuoft sind sie von einer Enttäuschung in die andere gefallen. Sie sagen: Wo blieb der gute Wille der internationalen Arbeiterklasse, als es galt, den Weltkrieg zu verhindern? Sie fragen auch heute: Wo steckt die internationale Kraft, die uns in Deutschland von der brutalen Militärherrschaft Frankreichs und Belgiens befreit? Sie höhnen wohl gar: Wo war die aufbauende Kraft der sozialistischen Idee, als den Novembertagen 1918 das Bürgertum mit samt den monarchischen Regierungen elendiglich zusammenbrach?

All diese Fragen sind bitter für uns und es ist nicht angängig, uns am heutigen Tage der Besinnlichkeit und Einkehr darüber hinwegzusehen. Wir, die wir unerschütterlich im Glauben zum Sozialismus stehen, müssen vielmehr anerkennen: Jawohl, wir wurden von der Weltgeschichte geprüft, gewogen und sind leicht befunden! Wir Lebenden sind samt und sonders schwer mitschuldig an dem kläglichen Versagen menschlichen Solidarität. Wir waren nicht reif für ein brüderliches sozialistisches Wirken, und keine Schuldverschiebung auf die anderen kann uns darüber hinweghelfen!

Aber sind jene Fragen der Nichtsozialisten nicht doch zu gleicher Zeit die allerschwersten Anklagen die eigene Indifferenz und die starke Hemmung, die von ihnen kam, und unter der wir auch heute meist zu leiden haben?

Gewiß gibt es viele unter den Indifferenten, die deshalb nichts mehr glauben können, weil sie radikale Reden und Gesten mit anhören mußten, deren Urheber längst wieder zu den Gegnern der Arbeiterklasse zählen. Andere fürchten auch den Weg einer Schreckensdiktatur des Proletariats und weisen dabei auf das unglückliche Rußland, in dem Hungertod und Elend grauenhaft wütheten.

Gernach, wir Sozialisten sind berechtigt, zu fragen: Welchen Weg aus dem Grauen dieser Zeit führt ihr? Gibt es überhaupt einen anderen Weg aus der Wirnis unseres ach so kurzen Erdenlebens, als der Weg der brüderlichen Verständigung? Und gibt es außerhalb der sozialistischen Weltanschauung überhaupt einen Aufstieg der menschlichen Kulturgemeinschaft?

Nein, ohne den festen Willen der organisierten sozialistischen Arbeiterschaft bleibt das wirtschaftliche Chaos und das menschliche soziale Elend verewigt für alle Zeiten!

Darum streiten wir am Mai feiertage nicht um das Tempo und die Taktik unserer sozialistischen Arbeiterbewegung, sondern wir lassen uns erfüllen von dem Geist, der die zweite sozialistische Internationale zu Paris besetzte, als sie den Weltfeiertag forderte zur Demonstration für den Achtstundentag und Völkerverträge.

Den Achtstundentag haben wir in den großen Industrieländern durchgesetzt. Aber es ist ein starker Sturm der Wirtschaftsgegner vorhanden und mancher Arbeiter fällt durch sein unsolidarisches Verhalten der eigenen Klasse in den Rücken. Kurze Arbeitszeit muß sich auswirken auf die Dauer als höchste Kultur der arbeitenden Massen! Darum stehen wir trotz aller Bedrängnisse zu unserem Programm, und weder der französische Imperialismus, wie er sich in brutaler Form im Ruhrgebiet zeigt, noch der deutsche Industrialismus, der uns wieder ins alte Sklavenjoch zwingen möchte, werden triumphieren, solange das friedlich gesinnte Millionenheer der Arbeiterschaft zusammensteht und mit seiner passiven Abwehr den französischen Bajonetten in den Arm fällt. Unser Wille ist riesenstark und wird weiter wachsen, bis er auch den stärksten Gegner des Völkervertrages, den Militarismus, beseitigt. Freilich, noch sind die Anzeichen schwach. Der Faschismus regt sich auch bei uns, nachdem er in Ungarn und Italien aufgekommen ist, dank nicht zuletzt der zersplitterten Abwehrfront der Arbeiterschaft.

Darum erneuern wir am Tage des 1. Mai unsere Mahnung und unsere Willenskundgebung:

Wir wollen die Einheitsfront der sozialistischen Arbeiterschaft aufrichten im brüderlichen Geiste und in solidarischer Betätigung.



# Rationelle Kommunalwirtschaft.



an der bürgerlichen Presse erscheinen von Zeit zu Zeit Notizen, in denen mitgeteilt wird, daß dieses oder jenes Unternehmen des Staates, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes entstaatlicht oder entkommunalisiert werden muß. Die Beweggründe, aus denen heraus sich diese Maßnahmen „absolut notwendig“ machen sollen, sind fast ausnahmslos stets die gleichen. Meist heißt es, die im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Beamten eignen sich überhaupt nicht für die Leitung und Verwaltung von Unternehmungen, die ihrer Natur nach nur nach kaufmännischen Methoden und nach privatwirtschaftlich erprobten und demnach Geltung erlangten Grundsätzen geleitet und verwaltet werden können. Wenn es den Goldschreibern des Kapitals in den Kram paßt, zieht man gelegentlich einen Vergleich zwischen dem Ertrag eines privaten und dem eines öffentlich verwalteten Betriebes. Es gibt eigentlich keine Vergleichsmethode, die mehr zu verwerten wäre als diese. Der Ertrag oder der Ueberschuß eines Unternehmens, namentlich aber eines solchen mit Monopolcharakter, kann durch die Verwaltung ganz willkürlich hoch oder niedrig gestaltet werden. Für oder gegen die Leistungsfähigkeit des betreffenden Betriebes an sich wird durch die Tatsache eines hohen oder niedrigen Ueberschusses, ja sogar durch die eines Zuschusses gar nichts bewiesen. Im freien Konkurrenzkampfe, in welchem die auf den Markt gebrachten Erzeugnisse der einzelnen Industrien in Preis und Qualität mit einander konkurrieren müssen, liegen die Verhältnisse natürlich anders. Aber wo haben wir in Deutschland noch ein derartiges „freies Spiel der Kräfte“ zu verzeichnen? Unsere Industrie ist fast ausnahmslos syndiziert, d. h. in Konzernen, Kartellen und Syndikaten zusammengeschlossen, wodurch die gegenseitige Konkurrenz fast vollständig aufgehoben worden ist.

Das Privatkapital erhebt sofort in der von ihm abhängigen Presse ein gewaltiges Geschrei, wenn die Not der Zeit es erfordert, daß dem freien Spiel der Kräfte auf dem Gebiete der Warenproduktion und des Handels irgendwelche Beschränkungen auferlegt werden sollen. Das Privatkapital fordert die vollste, durch kein Gesetz eingegengte Gewerbefreiheit und führt durch die eigene „private Gesetzgebung“ in den entsprechenden Industrieorganisationen, Kartellen und Trusts alle Hemmungen und Beschränkungen ein, die dem privatkapitalistischen Interesse der jeweiligen Industrie förderlich sind. Der gut geleitete und im Allgemeininteresse verwaltete kommunale oder staatliche Betrieb hat ganz naturgemäß andere Aufgaben zu erfüllen. Sind sich die Leitung und Verwaltung eines öffentlichen Betriebes einig über die Aufgaben, die ein solcher Betrieb zu erfüllen hat, dann ist die Frage über das „Wie“, der Erfüllung der Aufgaben lediglich eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Dann ist nicht mehr die Frage zu stellen, muß der staatliche oder kommunale Betrieb entstaatlicht oder entkommunalisiert werden, um zu vollster Entfaltung seiner Leistungsfähigkeit zu gelangen, sondern man hat nur zu prüfen, welche Hemmungen vorhanden sind, um diese Entfaltung

vollster Leistungsfähigkeit zu hindern oder wenigstens zu erschweren. Damit kommen wir zu dem Kapitel „Bureaunkraut und Schwerfälligkeit der öffentlichen Betriebe“. Es ist leider so schwer zu leiden hat. Es ist aber ebenso richtig, daß diese Betriebe keine unbedingt notwendigen Begleitererscheinungen des öffentlichen Betriebes sind. Wo der gute Wille vorhanden ist, wo das Streben vorherrscht, der öffentlichen Hand die so notwendigen Werte zu erhalten und der Allgemeinheit zu dienen, sind die Wege gegeben, die öffentlichen Betriebe genau so rationell zu schaffen wie die bestgeleiteten Betriebe der Privatwirtschaft. Sitzung der Deputation der Werke sagte der Berliner Dr. Harding: „Einige Berliner Elektrizitätswerte sind Musterbeispiele dafür, daß kommunale Betriebe wirtschaftlicher betreiben können als Privatbetriebe!“

Bei dem jetzigen Finanzjahren der deutschen Städte brauche die Kammerer möglichst viele und reichlich fließende Gelder. Es ist daher begreiflich, daß sie das graue Elend der Finanzverwaltung öffentlichkeit noch etwas träber hinstellen als es tatsächlich ist. Das Publikum erfährt immer nur die in der Öffentlichkeit angezeigten Neußerungen und die bürgerliche Presse benutzt diese, um die vertretenen privatkapitalistischen Interessen zu fördern und die Führung der betreffenden Betriebe aus der öffentlichen Hand in die Hände des Privatkapitals zu propagieren. Das, was der Betrieb vor dem öffentlichen Betrieb angeblich an Vorzügen aufzuweisen hat, ist durchaus nicht bei allen privaten Betrieben vorhanden; jedenfalls aber besteht kein Hindernis, diese Vorzüge auf die öffentlichen Betriebe anzuwenden. Man muß nur zu gehen, den überwiegenden Einfluß der Verwaltungsjuristen auf die Leitung der Betriebe auf das denkbar niedrigste Maß einzuschränken und Kaufmann und Techniker gehören in die verantwortliche kommunale Betriebe. An die Stelle der schwerfälligen, langwierigen Buchführung muß die kaufmännische treten. Die Freiheit der leitenden Personen darf nicht durch einen übermäßigen bürokratischen Apparat behindert sein. Es muß ein Raum ausgemacht werden, daß über jeden Quart ein u. s. w. ein Aktensäckel angelegt wird und Entscheidungen, die mündlich oder telephonisch getroffen werden können, erst nachträglich Vortrag oder Bericht in Kommissionen vorzubringen. Man über eine rein betriebstechnische Frage gar erst noch im Parlament gehört werden und beschließen, dann erst ist man im Stande, Arbeit in einem Ozean überflüssiger und unproduktiver Maßnahmen und Verordnungen und senkt dadurch die Leistungsfähigkeit der Betriebe. Zwar soll man sich hüten, in der Verwaltung des Bureaunkrautismus zu weit zu gehen. Denn ohne eine gewisse geordnete, auf Arbeitsleistung beruhende und demgemäß geordnete Zeit, Papier und Tinte erfordernde Organisation sind größeren Umfanges nicht zu führen. Doch diesen „Bureaunkraut“

## Die Natur.

**N**atur! Wie sind von ihr umgeben und umschlungen — unvermögend, aus ihr hervorzutreten, und unvermögend, siefer in sie hineinzukommen. Angebeten und ungewarnt nimmt sie uns in den Kreislauf ihres Tanzes auf und treibt sich mit uns fort, bis wir ermüdet sind und ihrem Arme entsinken.

Sie schafft ewig neue Gestalten; was da ist, was noch nie, was war, kommt nicht wieder: alles ist neu und doch immer das Alte.

Wir leben mitten in ihr und sind ihr fremd. Sie spricht unaufrichtig mit uns und verrät uns ihr Geheimnis nicht. Wir wirken beständig auf sie und haben doch keine Gewalt über sie.

Sie scheint alles auf Individualität angelegt zu haben und macht sich nichts aus den Individuen. Sie baut immer und zerstört immer, und ihre Wertstätte ist unzugänglich.

Sie lebt in lauter Kindern; und die Mutter, wo ist sie? — Sie ist die einzige Künstlerin: aus dem simpelsten Stoff zu den größten Kontrasten; ohne Schein der Anstrengung zu der größten Vollendung — zur genauesten Bestimmtheit, immer mit etwas Weichem überzogen. Jedes ihrer Werke hat ein eigenes Wesen, jede ihrer Erscheinungen den kostbarsten Begriff, und doch macht alles eins aus.

Sie spielt ein Schauspiel; ob sie es selbst spielt, wissen wir nicht, und doch spielt sie für uns, die wir in der Erde stehen.

Es ist ein ewiges Leben, Werden und Vergehen in ihr, und doch rückt sie nicht weiter. Sie verwandelt sich ewig und ist kein Moment

Stillestehen in ihr. Fürs Bleiben hat sie keinen Begriff. Auch hat sie ans Stillestehen gehängt. Sie ist fest. Ihr Wesen, ihre Ausnahmen selten, ihre Gesetze unanveränderlich.

Gedacht hat sie und Sinn beständig; aber nicht als ein Sondern als Natur. Sie hat sich einen eigenen, allumfassenden Vorbehalt, den ihr niemand abmerken kann.

Die Menschen sind alle in ihr und sie in allen. Mit ihr ist ein freundliches Spiel und freut sich, je mehr man ihr die Sie treibt's mit vielen so im Verborgenen, daß sie's zu Gesichte merkt.

Auch das Unnatürlichste ist Natur; auch die platteste Philister hat etwas von ihrem Geiste. Wer sie kennt, der kennt sie nirgendwo recht.

Sie lebt sich selber und haßt ewig mit Augen und ohne Zahl an sich selbst. Sie hat sich auseinandergefetzt, um zu genießen. Immer läßt sie neue Geleher erwachsen, um sich mitzutellen.

Sie freut sich an der Mission. Wer diese in sich und zerstört, den strafft sie als der strengste Tyrann. Wer ihr folgt, den drückt sie wie ein Kind an ihr Herz.

Ihre Kinder sind ohne Zahl. Keinem ist sie überall. Sie hat Lieblinge, an die sie viel verschwendet und denen sie opfert. Uns Große hat sie ihren Schutz geknüpft. Sie hat Geschöpfe aus dem Nichts hervor und sagt ihnen nicht, wohin sie gehen und wohin sie gehen. Sie sollen nur laufen; die Bahn

## 'Sicherungen', Abrüstung und Völkerbund.

In der „Zeit. Rtg.“ vom 21. April 1923 finden wir einen Beitrag vom General der Infanterie a. D. v. Deiling, der früher als besonders schneidiger Vertreter des Militarismus in den Vordergrund getreten ist. Daß nicht alle diese Kreise à la Ludendorff die Weltgeschichte auf den Kopf stellen, sondern imstande sind, etwas anzuerkennen, beweisen die nachfolgenden Ausführungen, die wir hier im Auszug wiedergeben. D. H.

Am Frankreichs Wunsch nach „Sicherungen“ entgegenzukommen, sowie zur eigenen Sicherung Deutschlands gegen Frankreich hat bekanntlich die deutsche Regierung im vorigen Dezember Frankreich den Vorschlag einer *trêve de quinze jours* zwischen den beiden Völkern gemacht. Der Vorschlag wurde von Frankreich abgelehnt.

Alle auf bloße Neuheitsigkeiten gegründete Maßnahmen und auch gegenseitige Abmachungen sind eben keine weichen Sicherheitsnetze gegen einen neuen Krieg. Gegen ihn gibt es nur eine zuverlässige und feste Sicherung, die in der Seele der Völker ruht, und die heißt: die Atmosphäre von Haß und Mißtrauen, die sich namentlich infolge der Aufrüstung zwischen das deutsche und französische Volk gelagert hat, muß entgiftet werden und muß allmählich verschwinden. Noch ist es nicht zu spät. Um dieses hohe Ziel zu erreichen, muß Frankreich eine Politik treiben, die nicht immer nur an sich selbst denkt, sondern die auch Deutschland leben läßt und nichts Unmögliches von ihm fordert. Und auf der anderen Seite muß das deutsche Volk den Geist der Verständigung und Versöhnung dadurch betätigen, daß es seine noch in weiten Kreisen herrschende Abneigung gegen den Völkerbund überwindet und sehr seine Ausnahme in denselben beantragt.

In den Artikeln 10 und 11 der Völkerbundssatzung ist bestimmt, daß die Bundesmitglieder sich verpflichten, die Unversehrtheit des Gebietes und die politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu wahren. Ferner: daß jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg, mag davon unmittelbar ein Bundesmitglied betroffen werden oder nicht, eine Angelegenheit des ganzen Bundes ist und daß dieser die zum wirksamen Schutz des Völkfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen hat. In diesen Satzungen liegt die beste und wirksamste Sicherung sowohl für Frankreich gegen Deutschland, als auch für Deutschland gegen Frankreich.

Wenn aber Frankreich so durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund die gewünschte Sicherung erhält, dann wird es auch seine schwere Rüstung ablegen können, deren Last auf seine Schultern finanziell so stark drückt, daß es vom Besten mehr verlangen muß, als dieser zahlen kann.

Im Artikel 8 der Völkerbundssatzung bekennen sich die Bundesmitglieder zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist. Deutschland würde also einen verdrängten Anspruch auf allgemeine Abrüstung innerhalb des Bundes haben, und schon um dieses Anspruchsrecht geltend zu machen, sollte es Mitglied werden.

Sie hat keine Sprache noch Rede; aber sie schafft Jungen und Herzen, durch die sie fühlt und spricht.

Ihre Krone ist die Liebe. Nur durch sie kommt man ihr nahe. Sie macht Klüfte zwischen allen Wesen, und alles will sich verschlingen. Sie hat alles hohlet, um alles zusammenzulegen. Durch ein paar Züge aus dem Becher der Liebe hält sie für ein Leben voll Mühe schadlos.

Sie ist alles. Sie belohnt sich selbst und bestraft sich selbst, erfreut und quält sich selbst. Sie ist rauh und gelinde, lieblich und schrecklich, kraftlos und allgewaltig. Alles ist immer da in ihr. Vergangenheit und Zukunft kennt sie nicht. Gegenwart ist ihr Ewigkeit. Sie ist göttlich. Ich preise sie mit allen ihren Werken. Sie ist weise und still. Man reißt ihr keine Erklärung vom Leibe, trauet ihr kein Geschenk ab, das sie nicht freiwillig gibt. Sie ist listig, aber zu gutem Ziele, und am besten ist's, ihre List nicht zu merken.

Sie ist ganz, und doch immer unvollendet. So wie sie's treibt, kann sie's immer treiben.

Jedem erscheint sie in einer eigenen Gestalt. Sie verbirgt sich in tausend Namen und Termen und ist immer dieselbe.

Sie hat mich hereingestellt, sie wird mich auch herausführen. Ich vertraue mich ihr. Sie mag mit mir schalten. Sie wird ihr Wort nicht lassen. Ich sprach nicht von ihr. Nein, was wahr ist und was falsch ist, alles hat sie gesprochen. Alles ist ihre Schuld, alles ist ihr Verdienst!  
Wolfgang Goethe.

... so beim Privatunternehmen wie bei Behörden. ... sind gerade gut genug, öffentliche Betriebe zu ... In dringenden Fällen müssen solche Leute natürlich auf eigene ... hin befugt sein, sofortige Abschlüsse über Einkauf von ... ebenso wie die Verwertung und den Verkauf von Pro- ... und Nebenzeugnissen vorzunehmen. Das Allgemeininteresse ... durchaus nicht, daß jeder Geschäftsgang in einem Betriebe ... „zuständige“ Deputation oder gar durch das Plenum des ... erfolgt, sondern notwendig ist nur, daß in einem ... alles geschieht, das geeignet ist, die Interessen der ... zu fördern und sie nicht zu schädigen, sei es auch nur ... übertriebenen Formalismus. Dazu gehören ... die Sinn für die Gemeinwirtschaft haben und ... sind, die Wahrung der Allgemeininteressen sich zur ... zu machen.

... eine Abnung davon hat, wie die öffentlichen Betriebe von ... gnehmpt werden bei der Lieferung von Roh- ... und Halbfabrikaten sowohl wie bei Leistung von ... aller Art, der wird zugeben müssen, daß gut aus- ... Reparaturwerkstätten sich meist in sehr kurzer Zeit voll be- ... Wer da weiß, wie Reich, Staat und Gemeinden bei ... (Herzessüßstände, Abbruch ver- ... vom Privatekapital in geradezu unverhältnißmäßiger ... wird der Forderung zustimmen müssen, ... Dinge solange unveräußerlich sein müssen, wie die Mög- ... der Weiterverwertung in den eigenen Betrieben der öffent- ... ist Aufgabe der Verwaltungen, alles zu tun, ... öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, Angestellten ... auf die denkbar höchste technische Leistungsfähigkeit zu ... die Arbeit in unseren Betrieben darf nicht nur Erwerbs- ... muß zur Lebensarbeit umgestaltet werden. Dazu ge- ... und Verwaltungssystem, welches dem Betriebs- ... die Möglichkeit gibt, alle auch im letzten Arbeiter vorhande- ... zum Segen und zum Vorteile des Betriebes zu ent- ... die Leistung darf es an geistiger Anregung und Beratung ... den Betrieb technisch so rationell wie nur möglich zu ... nicht fehlen lassen. Dort, wo fach- und sachkundige Be- ... vorhanden sind, und das ist in den weitaus meisten Be- ... Fall, lasse man endlich die Hochachtung bei Seite, die leider ... Betriebsleiter vorhanden ist und mache die in der Ar- ... vorhandenen Fachkenntnisse durch geeignete Maßnahmen ... dienbar.

... Betrieb, der nach diesen Grundsätzen geleitet und ... ist, das darf ohne Uebertreibung gesagt werden, ... gleichartigen privaten Betriebe überlegen. Arbeiter, ... und Beamte haben in Deutschland doch schon soviel sozia- ... Empfinden und Verantwortlichkeitsgefühl, daß sie unter ... Bedingungen sicher lieber für die Interessen der Allge- ... für die Privatinteressen irgendeines Großkapitalisten ... werden. Und das ist schließlich entscheidend. F. r. M. u. n. e. r.

... wenige Triebfedern, aber nie abgenutzte, immer wirk- ... mannigfaltig.

... Schauspiel ist immer neu, weil sie immer neue Zuschauer ... Leben ist ihre schönste Erfindung, und der Tod ist ihr Kunst- ... Leben zu hüten.

... hält den Menschen in Dumpfheit ein und spornet ihn ewig ... Sie macht ihn abhängig zur Erde, trüg und schwer und ... sie immer wieder auf.

... gibt Bedürfnisse, weil sie Bewegung liebt. Wunder, daß sie ... Bewegung mit so wenigem erreicht! Jedes Bedürfnis ist ... schnell wieder erwachend. Gibt sie ein ... ein neuer Quell der Lust; aber sie kommt bald ins ...

... alle Augenblicke zum längsten Lauf an und ist alle ... am Ziele.

... die Eitelkeit selbst, aber nicht für uns, denen sie sich zur ... Wichtigkeit gemacht hat.

... jedes Kind an sich küssen, jeden Loren über sich richten, ... Kampf über sich hingehen und nichts sehen und hat an ... Freude und findet bei allen ihre Rechnung.

... beherrscht ihren Geschehen, auch wenn man ihnen widerstrebt; ... mit ihr, auch wenn man gegen sie wirken will.

... macht alles, was sie gibt, zur Wohltat; denn sie macht es ... Sie jammert, daß man sie verlange; sie eilet daß ...

... nicht werde.

## Warum wie Frauen am Achtfundentag festhalten müssen.

**W**as Unternehmertum rüstet mit Macht, den Achtfundentag wieder abzubauen. Die wirtschaftliche Not Deutschlands soll durch die Befestigung des Achtfundentages behoben werden. Berechnungen aller Art werden angestellt, um den Rückgang der Produktion durch die Verkürzung der Arbeitszeit zu beweisen. Umfragen werden gehalten, um die Schädlichkeit des Achtfundentages für die einzelnen Berufe darzutun. Trotz aller dieser Bemühungen ist es ihnen bisher nicht gelungen, den Beweis für die Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen zu liefern. Dagegen treten die Vorteile des Achtfundentages für die Arbeitnehmer klar in die Erscheinung. Aus diesem Grunde verteidigt die Arbeiterschaft mit Zähigkeit den Achtfundentag, und wenn sein Abbau bis heute noch wenig Erfolg gehabt hat, so ist das diesem jähren Festhalten und dem Umstände zu verdanken, daß Meinungsverschiedenheiten, die heute in so vielfacher Beziehung und so sehr zum eigenen Schaden die Arbeiterschaft zersplittern, in der Frage der Erhaltung des Achtfundentages nicht bestehen. In dieser Frage gibt es keine Meinungsverschiedenheit und auch keinen Unterschied der Geschlechter. Männer und Frauen führen gemeinsam und geschlossen den Abwehrkampf. Denn mehr noch als die Männer haben die Frauen durch Aufhebung des Achtfundentages zu verlieren. Die Frauen sind heute fast in ihrer Gesamtheit Arbeitnehmerinnen. Wie viele unter uns, ledig oder verheiratet, gibt es denn, die unter dem Druck der wirtschaftlichen Not auf die Berufsarbeit verzichten können. Wir sind heute alle, die einen mehr, die anderen weniger, zum Verdienen gezwungen. Schwerer denn je lastet heute auf den Frauen die dreifache Aufgabe, gleichzeitig Arbeiterin, Haus-

frau und Mutter zu sein und daneben kommt, besonders in freier, vielfach noch die Tätigkeit der Sieberin dazu. Und vierfache Arbeitslast zu tragen, erfordert auch schon stündiger Berufsarbeit ein derartiges Ausspannen der Kräfte eher der Gedanke am Platze wäre, wie diese Last nicht aber wie sie noch vermehrt werden kann. Gewiß hat alle Frauen diese drei- und vierfache Last zu tragen. Aber Berufsarbeiterin sind heute die wenigsten unter uns. Alle aber brauchen nach des Tages Last und Mühe Zeit zur Kunst und Erholung, Zeit, um sich an Kunst und Natur, an Schönheit zu erheben, Zeit aber auch, um sich für die großen Aufgaben, die das Leben ihnen stellt, vorzubereiten, Zeit, Jugend belehren und erziehen zu können und schließlich auch am gewerkschaftlichen Leben sich zu beteiligen und Politik die Rechte wahrnehmen zu können, die eine neue Frauen gegeben hat. Jede auch noch so geringe Verlängerung Arbeitszeit bedeutet daher für uns Frauen eine Verkürzung der Zeit, die uns für die Erholung und die Erhaltung unserer Kräfte gegeben ist und damit eine Schädigung unserer gesamten Leistungsfähigkeit. Sie bedeutet aber auch eine Verkürzung der Zeit, die uns für die Erfüllung unserer vielfachen Verpflichtungen im Hause, in der Familie, in der Gewerkschaft, im öffentlichen politischen Leben übrig bleibt. Deshalb müssen wir Frauen mit allem Nachdruck gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Anstalten für die Erhaltung des Achtfundentages einsetzen. Marie Freie

## Staatsarbeiter, Beamte und Maifeier.

**B**um fünften Male jährt sich der Weltfeiertag des Proletariats seit der Revolution, an dem auch die in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und die gesamte Beamtenschaft teilnehmen kann, ohne Gefahr zu laufen, in ihrer wirtschaftlichen Lage benachteiligt zu werden. Manches einer vermag vielleicht die Bedeutung dieser Tatsache nicht vollumfänglich zu würdigen. Wer aber den 1. Mai dazu benützt, seine Gedanken einmal zurückzuweisen zu lassen in jene Zeit, wo bürokratisch-reaktionärer Geheimratssgeist alles, die Freiheit und der eigene Wille der Reichs-, Staatsarbeiter und der Beamten so viel wie gar nichts bedeutete, der erst wird verstehen, was es heißt, frei zu sein, was es bedeutet, am 1. Mai mit Gleichgesinnten Maigröße zu tauschen, teilnehmen zu können an den gemeinsamen Veranstaltungen derjenigen, die von gleichen Gedanken befeuert dem großen Ziele der Menschheitsbefreiung aus Anstrengung und Unterdrückung entgegenarbeiten.

Gewiß ist auch heute noch so mancher unter den Staatsarbeitern und Beamten, die in vollständiger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse noch zu sehr in den alten Gedanken verankert sind, als daß sie es verständen, sich heute frei zu machen, solche, die immer noch lieber auf den früher gespendeten Ordenssegen warten und denen der Titel höher steht als die persönliche Freiheit. Aber die so denken, haben die Zeichen der Zeit nicht verstanden, haben noch nicht gemerkt, daß um sie herum täglich sich alles neu entfaltet und die Entwicklung nach vorwärts drängt trotz aller Hindernisse.

Freilich verkennen auch wir nicht, daß manches von dem, was wir heute schon gern erfüllt sehen möchten, leider nicht immer in die Tat umgesetzt werden konnte. Die Lage der deutschen Arbeitnehmerklasse hat sich auf Grund der außenpolitischen Verhältnisse seit dem Maitag des vorigen Jahres um ein ganz Bedeutendes verschlechtert. Der Versailleser Friedensvertrag mit seinen furchtbaren Auswirkungen hat nicht zuletzt am schwersten die in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer getroffen. Um so größerer Unglück ist, daß unser Arbeitgeber in demselben Augenblick, wo wir den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation gefunden haben, finanziell vor dem Bankrott stand. Und trotzdem ist doch so manches anders geworden. Sind doch unsere Tarifverträge und die Besoldungsordnung Errungenschaften der gewerkschaftlichen Organisationen. Wo wären wir geblieben im Laufe des letzten Jahres, als die Teuerung rapid in die Höhe stieg, da die Lohnverhandlungen vierzehntägig erfolgen mußten, wenn wir nicht als gleichberechtigte Kontrahenten mit den Regierungsvertretern hätten an den Verhandlungen teilnehmen können.

Habt Ihr Reichs- und Staatsarbeiter und Beamten Euch schon

einmal der Mühe unterzogen, darüber nachzudenken, wie Ihr leben müßten, wenn Euerer Lohnfestsetzungen noch von dem legendären Regierungsrates abhängig gewesen wären.

Glaubt aber nicht, daß die Regierung mit uns an den tagungstisch etwa um unserer schönen Augen willen gesessen ist, lediglich bestimmt durch die Tatsache, daß hinter uns Scharen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Beamten sind. Und wenn auch das letzte Jahr vorüberging, ohne uns zu dem Kampf aufzurufen zu müssen, so darf doch niemals werden, daß die Situation, in der wir augenblicklich stehen steter Kampfbereitschaft finden muß. Wir wollen uns nicht scheuen, unsere Stimme zu erheben. Wenn einmal die Ruhrbesetzung zu Gunsten der Arbeiter- und Beamtenschaft zur Abwehraktion nicht braucht wird, dann werden sich wieder jene reaktionären Gestalten der Privatbetriebsverbände regen, um ihren geltend zu machen auf die Regierung, damit die Löhne und in den öffentlichen Betrieben möglichst niedrig gehalten werden. Deswegen Wachsamkeit über alles!

Auch das Beamtenrätegesetz und die Schaffung neuen Beamtenrechtes, deren Verabschiedung immer noch Reichstagslage verzögert wird, sind Angelegenheiten, die mit werkschaftliche Arbeit und Energie gelöst werden können. Deutsche Arbeiterschaft nicht einen solchen energiegelassen Kampf zur Schaffung des Betriebsrätegesetzes geführt, so würde bei der Verabschiedung das gleiche Schicksal beschieden gewesen sein. Würde in den öffentlichen Betrieben auf Grund des Betriebsrätegesetzes Arbeiterschaft einen wesentlichen Einfluß erhalten hat, ist aber die Beamtenschaft noch benachteiligt. Es darf in diesem Zusammenhang nicht außer acht gelassen werden, daß es wesentlich günstiger stehen könnte, wenn der deutsche Beamtenbund als die bis in das letzte Jahr hinein ausschlaggebende Organisation der deutschen Beamtenschaft mit etwas mehr Energie aufträte. Erstreulicherweise haben große Teile der deutschen Beamtenschaft daher begriffen, daß Erfolge nur erzielt werden können, wenn der deutsche Beamtenbund mit der deutschen Arbeiterschaft auf dem Boden zielbewusster und klarer Gewerkschaftsarbeit zusammenkommt. Das haben alle deutschen Beamten und Beamtinnen im Laufe des letzten Jahres dem Deutschen Beamtenbund beigetragen und sich dabei haben von dem in Harmonie mit dem deutschen Arbeiterbewegung vereinigt.

Der 1. Mai 1923 steht für die in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und für die Hunderttausende von ihnen unter dem Zeichen der Einheitsfront.

Von diesen Gedanken befeuert feiern wir unseren 1. Mai

**Aus der Sprachpraxis**

Sonderbaren Schiedspruch fällt der Schlichtungsausschuss am 3. April 1923 in unserm Tarifstreit mit den "Städtischen Werken". Wiederholt hat sich der Schlichtungsausschuss mit dem Verhalten der Verwaltung der Städtischen Werke ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Auch die Regierung hat sich ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Auch die Regierung hat sich ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Auch die Regierung hat sich ohne zu einem Ergebnis zu kommen.

Der Antrag des Lagernden Verbandes auf Abschluss des eingereichten Vertrags im Wege des Schiedspruchs wird abgelehnt. Die Städtischen Werke in Schneidemühl sind eine öffentliche Einrichtung. Sie sind Mitglied des hiesigen Arbeitervereins. Dieser Verband hat in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber mit dem hiesigen Arbeiterverein einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die in den Städtischen Werken beschäftigten Arbeiter sind daher Arbeitnehmer, wenn sie auch nicht alle, möglicherweise sogar nicht den oben bezeichneten Verbänden angehören, sondern einzelnen Verbänden organisiert sind. Dieser Umstand bildet aber keinen Grund, mit ihnen einen von dem Lagernden Verband abweichenden besonderen Tarifvertrag abzuschließen, der in wesentlichen Bestimmungen von den sonst geltenden Tarifen abweicht. Der Lagernde Verband ist daher schon aus diesen Gründen nicht berechtigt, den Schiedspruch zu beantragen. Der Schlichtungsausschuss trägt aber überhaupt kein Urteil über den Schiedspruch, weil zum Wesen eines Tarifvertrages die Bereinigung des anderen Teiles gehört, überhaupt in diesem Sinne einzuwirken. — Gemäß § 23 der Verordnung vom 19. April 1918 wird Ihnen dieser Schiedspruch erklärt mit der Bitte, Sie bis zum 10. April 1923 zu erklären, ob Sie sich dem Schiedspruch unterwerfen. Erfolgt eine Erklärung binnen dieser Frist, so gilt die Unterwerfung als abgelehnt. Der Vorsitzende, K. K. K.

Der Schiedspruch mit seiner Begründung ist ein glatter Verstoß gegen das Tarifrecht. Die mit den Verbänden der Metallarbeiter und Fabrikarbeiter abgeschlossenen Tarifverträge gelten eben für die Mitglieder dieser Verbände. Diese Verbände können aber nicht geschlossen werden, unser Verband in ihre Tarifverträge mit ihnen, wie ja auch wir nicht gezwungen werden können, Tarifverträge abzuschließen. Unsere Verbandsmitglieder stehen im Tarifvertrag da und sind somit der Willkür des individuellen Arbeitvertrages ausgeliefert. — Aber wohin führt denn der Schiedspruch sonst noch? Wenn dem Arbeitgeber das Recht nicht wird, sich die Arbeiterorganisation anzuschließen, mit der der Tarifvertrag abgeschlossen wird, so läuft das darauf hinaus, dass der Arbeitgeber sich als einseitig in die Angelegenheit der Arbeiter eingreifen darf. Er wird in weiterer Folge — im Schneidemühl Fall — auch keine Verträge mit den gewerkschaftlichen Verbänden der Fabrik- und der Metallarbeiter abschließen, sondern lieber an die Züchtung selber gehen. Das hindert den Arbeitgeber dann überhaupt, Tarifverträge abzuschließen? Wir lehnen dann also zum Nachteil des individuellen Arbeitvertrages mit unbefränktem Recht durch den Unternehmer zurück. Der Schiedspruch ist einseitig und seine Revision durchgefochten werden.

**Aus unserer Bewegung**

Bei der Landstrauer aus Anlaß der Beerbigung der... es in Bonn Behörden, die, weil sie keine Verfügung... ihren Borgelegten, diese Feierstunde nicht mitmachen, die... bei einer früheren Gelegenheit dem Vertrauensmann bei... sagen, hier wird nicht getreilt oder gefunken, hier wird... — Den Geschäfts- und Klassenbericht gab in der General... Kollege Sport. Das Kapitel „Grenzstreitigkeiten“ hat... immer noch nicht ausgelebt. — Die Einnahmen der... betragen 3 435 781 Mk., die Ausgaben 1 523 763 Mk., so... Bestand von 1 912 018 Mk. bleibt. Die Einnahmen der... betragen 3 549 132 Mk. — Wegen der seit einiger Zeit... machenden Bestrebungen, das städtische Gaswerk... an den Industrielassen zu verpachten, wird... Kollegenschaft gemeinsam mit der W.S.P.D.-Fraktion... nicht die letzte Einnahmequelle der Stadt verstopft... Bekannte der Gemeinwirtschaft dadurch zunichte gemacht

**Rundschau**

Das Existenzminimum in der ersten Aprilhälfte 1923 beträgt nach den Berechnungen von Dr. Kuczynski für ein Ehepaar mit zwei Kindern 70 832 Mk. pro Woche. Die Mark hat danach in Berlin einen Wert von 1/10 Pfennig. Diese beiden Ziffern bedeuten, daß eine weitere Besserung des Existenzminimums eingetreten ist. Diese Besserung ist aber schon wieder hinfällig, denn trotz Markstabilisierung zogen die Preise für verschiedene Lebensmittel wieder an. Inzwischen ist am 18. April ein neuer Marksturz erfolgt, den viele Geschäftsleute zum Anlaß der Warenzurückhaltung benutzten, um sofort eine Preissteigerung herbeizuführen. Was bleibt dem Arbeiter weiter übrig, als neue Lohnforderungen zu stellen, wenn die Reichsregierung keine ernsthaften Schritte unternimmt, dem Warenwucher zu steuern!

Die Erwerbslosenunterstützung. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat Veranlassung gegeben, daß der Reichsarbeitsminister die Bestimmungen über den Bezug von Erwerbslosenunterstützung in einigen Punkten gemildert hat. Für einige Berufe mit verhältnismäßig günstigem Arbeitsmarkt war die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung allgemein auf 13 Wochen vermindert worden. Nach dem neuen Entscheid sollen für eine solche Beschränkung in erster Linie örtliche Verhältnisse maßgebend sein. Entscheidend soll daher auch in den Berufen mit im allgemeinen günstigen Arbeitsverhältnissen sein, ob die besondere Lage des Berufes an Ort eine Beschränkung rechtfertigt. Es soll eine Beschränkung auf 13 Wochen erfolgen, wenn sie sich örtlich rechtfertigt, jedoch nur für einige bestimmte Berufe, unter anderem Bergbau, Baugewerbe, einige Branchen der Metallverarbeitung und Landwirtschaft. Im übrigen beträgt die Höchstdauer grundsätzlich 26 Wochen, jedoch soll zur Vermeidung unbilliger Härten ausnahmsweise eine Verlängerung eintreten können. Es soll aber nur dann von einer Verlängerung der Höchstdauer über 26 Wochen hinaus Gebrauch gemacht werden, wenn der Erwerbslose Angehörige zu ernähren hat. Ausnahmsweise soll von diesem letzteren Grundsatze abgegangen werden dürfen bei den Angehörigen folgender Berufsgruppen: Spinnstoffgewerbe, Schuhmacher, Labalarbeiter und Buchdrucker und Schriftsetzer. Eine bestimmte Befristung der Verlängerung ist nicht vorgesehen, sondern es soll die Verlängerung nach Möglichkeit nur auf kurze Fristen ausgesprochen werden. Es wird Aufgabe der Ortsausschüsse sein müssen, bei den Magistraten und Fürsorgeausschüssen dahin zu wirken, daß entsprechend den neuen Bestimmungen verfahren wird. Es ist mit weiterer Erhöhung der Unterstützungssätze zu rechnen. Eine Frage ist nur, ob sich die Regierung entschließt, endlich Sätze festzulegen, die dem tatsächlichen Notstand der Erwerbslosen Rechnung tragen. Der Vorstand des ADGB. hat entsprechende Forderungen an die Regierung gerichtet.

**Wetruf.**

Gewitterwolken haben und dröhnen;  
Schon gahen Blitze über die Welt.  
Wahrhaftig und daß die Sinne trübten;  
Wo ist Gerechtigkeit — Siehe geschlossen?  
Kommt etwa der Tag, wo die Erde zerfällt?  
Soll uns noch weiter der Haß verbittern,  
Daß wir den Boden düngen mit Blut?  
Sollen Granaten die Heimat erschüttern,  
Und in gräßlichen Eisenwüsten  
Menschen sich schachten für prästende Brut?  
Sollen wieder Eisen und Granat  
Auf're verruchten Begleiter sein?  
Sollen wir wieder Werkbrosen bauen;  
Und in schaurigen Drahtverhauen  
Brüder sterbend nach Hilfe schrei'n?  
Nein! — es wird Ihnen nicht gestatten,  
Nag schon ihr Wort voll Ehre sein.  
Wahrheit allein kann die Lüge bezwingen,  
Nie wird durch Wort man und Frieden bringen;  
Nie kann die Liebe im Hundstun gebüh'n.  
„Wider den Krieg!“ — ist unsere Parole;  
Nie wieder! — halt durch die Welt der Schmal.  
Pflichten die Arbeit, allen zum Wohle —  
„Über wir alle — ob Deutsche, ob Polen!“ —  
Sei unser Wetruf am ersten Mal. Wilhelm Lamb.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

Buch und Zeit. Eine Festschrift der Kunststelle zur 1000. Theateraufführung. 120 S. 1922. Verlag: Leopold Heibrich, Wien. — Diese Festschrift wurde vom Leiter der Kunststelle des sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. David Josef Dorsch, aus Anlaß der im Februar 1923 veranstalteten 1000. Theateraufführung herausgegeben. Die darin veröffentlichten Beiträge sind Originalarbeiten und Entwürfe von Dichtern, Schriftstellern und Künstlern. Auch die Bildbeilagen und Noten sind höchst wertvoll.

# Achtstundentag und Tarifvertrag.

Das Gepräge unserer Kulturpoche bestimmt die privatkapitalistische Wirtschaftsform. Innerhalb dieser Wirtschaftsform nimmt die Arbeiterschaft einen besonders hervorragenden Platz ein. Die überaus wichtige Stellung der Arbeiterschaft im modernen Produktionsprozess bedingt die kollektive Regelung der Arbeitsbedingungen, zu denen in erster Linie die Dauer der täglichen Arbeitszeit gehört.

Die aus der Feudalzeit vom Frühkapitalismus übernommene willkürliche Dauer der Arbeitszeit, ließ sich infolge des Widerspruches der Arbeiterschaft nicht aufrecht erhalten. Die täglich bis 15, 16 oder gar noch mehr Stunden dauernde Tagesfron mußte nach zähen Kämpfen der Arbeiterschaft einer täglich 12, 11, 10stündigen Arbeitszeit weichen. Die Ergebnisse waren überraschend. In der 10stündigen Arbeitszeit wurde eine höhere Produktionsquote in der Gesamt- wie Einzelleistung erzielt.

Für den modernen, auf größte Mechanisierung eingestellten industriellen Großbetrieb erwies sich auch die 10 und 9stündige Arbeitszeit als zu lang und vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt aus als unproduktiv wie kulturwidrig. Dessen ungeachtet fehlte das profitgierige Unternehmertum der von der organisierten Arbeiterschaft erhobenen Forderung des Achtstundentages, wie immer bei Forderungen von Arbeitszeitverkürzung, den heftigsten Widerstand mit den sadistischsten Gründen entgegen. Die Wucht der Tassachen, wie das berechnete, von zähen Kämpfen begleitete Begehren der Arbeiterschaft nach dem Achtstundentage führte endlich zum Siege. Der Achtstundentag, der im Jahre 1889 auf dem internationalen Sozialistenkongress in Paris als Forderung erhoben wurde und für den die sozialistische Arbeiter-Internationale jährlich am 1. Mai demonstrierte, wurde nach Beendigung des Weltkrieges Wirklichkeit, sogar durch gesetzliche Anerkennung.

Die industrielle Entwicklung im Zeichen des Großkapitalismus bleibt nicht auf ein einzelnes Land, eine einzelne Volkswirtschaft beschränkt; sie wirkt sich naturnotwendig international aus. Es liegt daher auch in der Natur der Dinge begründet, wenn die Einführung des Achtstundentages als eine internationale Erscheinung auftritt. Neben Deutschland besteht der gesetzliche Achtstundentag bzw. die 48stündige Arbeitswoche mit mehr oder minderen Abweichungen in Holland, Belgien, Frankreich, Schweiz, Tschechoslowakei, Oesterreich, Polen, Norwegen und Schweden. In anderen Ländern, wie England, haben etwa 12 Millionen Arbeiter den Achtstundentag, auch sei Rußland erwähnt, wie das stark industriell entwickelte Nordamerika, wo große Teile der Industriearbeiter den Achtstundentag haben. In Australien bestand der Achtstundentag bereits vor dem Weltkrieg.

Menschenökonomie, gleichbedeutend mit Wirtschaftsökonomie, bildet die Grundlage jeder Regelung der Arbeitszeit, so auch beim Achtstundentage. Es ist ein großer Mangel an volkswirtschaftlicher Schulung, dem der arbeitende Mensch unterliegt, wenn er annimmt, daß in einer längeren täglichen Arbeitszeit eine Steigerung des Produktionsquantums, bzw. der Arbeitsleistung zu erzielen sei. Reiches statistisches Zahlenmaterial beweist von Gewerkschaften führen gegenteiligen Beweis. Aus dem Bericht eines schweizerischen Gewerkschaftsbeamten: "... in Eisengießereien, Maschinenfabriken und ähnlichen Betrieben, sowie Papiersabriken seien die nach Kriegsende zunächst wahrnehmbaren Rückgänge der Stundenleistungen teils ausgeglichen, teils sogar überholt." Ähnlich günstig ist der Bericht eines württembergischen Gewerbebeamten. Nach den Angaben eines Düsseldorfener Gewerbeaufsichtsbeamten konnte in einer Geschwindigkeitsmessfabrik trotz Verminderung der Arbeiterzahl von 200 auf 80 das Arbeitsergebnis auf fast das Dreifache gesteigert werden und zwar mit teilweiser Anwendung des Taylorsystems und Vervollständigung der Arbeitsmaschinen. Diefem wenigen aus dem reichen Belegmaterial zugunsten des Achtstundentages, sei noch ein wertvolles Urteil aus dem Auslande, vom französischen Arbeitsminister Deproux beigefügt, das er bei der Be-

sprechung des Haushaltes des Arbeitsministeriums in der französischen Kammer machte:

„Die Abnahme der Müdigkeit, die Ausdehnung der Gesundheit, die Ermöglichung den Arbeitern einen größeren Anteil an der Bildung, Familienleben, dem sozialen Leben... Man habe geschätzt, freigewordenen Stunden im Wirtschaftszweig gebracht werden während Befristung sei aber falsch gewesen: es habe keine Zunahme des Wohlstandes in den Arbeiterzentren stattgefunden, im Gegenteil. Verkürzung der Arbeitszeit habe die Ueberbelegung der Arbeiter in den Stadtzentren in die Umgebung ermöglicht; dort hat der Arbeiter kaum und nicht, kein Garten- und Obstbau treiben. Nach... Ausbildung, die Volkshochschulen haben 3 1/2 Jahren der Wirtschaft des Achtstundentages bedeutend zugenommen. Man dürfe also hauptsächlich, daß vom sozialen Standpunkt aus der Achtstundentag keinesfalls schadet gemacht.

Die Bestrebungen gewisser großindustrieller Kreise auf Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, die Abschaffung des Achtstundentages, finden vorliehendes Article ihre glatte Widerlegung. Ist nicht zuviel gesagt: Der Achtstundentag Deutschlands Wirtschaftsleben nach dem Kriegsergebnis Zusammenbruch gerettet. In dem wo infolge Mangel an Arbeitsgelegenheit Arbeitslosigkeit ungeheuer gestiegen war, war Verkürzung der Beschäftigungsmöglichkeit

Verkürzung der Arbeitszeit ein volkswirtschaftliches Gebot. Und wo die Arbeitslosigkeit wieder anschwellen, wo Tausende Arbeitslosen vorhanden sind, würde eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit ein Verbrechen an gesamten Volk bedeuten durch die Eigenart der Betriebsführung eine längere als achtstündige Arbeitszeit erforderlich ist, haben die gewerkschaftlichen Organisationen sich solchen Notwendigkeiten nicht schlossen und durch entsprechende tarifliche Vereinbarungen über Arbeitsbereitschaft u. dgl. dem gemeinen Bedürfnis Rechnung getragen. geht auch aus unseren graphischen Darstellungen hervor. Was darüber hinausgeht, ist vom Der Achtstundentag muß Maximalarbeitsleistung, im Interesse unserer Volkswirtschaft menschlichen Kultur.

Unsere graphischen Darstellungen zeigen von den auf Grund von Tarifverträgen festgesetzten verhältnismäßig geringe Ziffern zu ersehen, wo eine Arbeitszeit über 10 Stunden in Frage kommt. Hier haben sich um Beschäftigte in Krankenhäusern, Heilanstalten, die zur regelmäßigen Arbeitszeit noch eine 1 bis 2 Stunden währende Arbeitsbereitschaft haben. Im allgemeinen geht für das Kranken- und Pflegepersonal der Achtstundentag kürzere als täglich achtstündige Arbeitszeit haben 13,1 Prozent Beschäftigten. Darunter befinden sich die Schichtarbeiter in Werken mit 6-Stunden-Schicht, und solche, denen die Erholungszeit in die Arbeitszeit eingerechnet wird. Bei der Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit liegen die Dinge in ähnlicher Weise. Größere als 48 Stunden währende Arbeitswoche haben 15,1 Prozent der Beschäftigten. Nach der Reichstagsstatistik (31. Dezember) haben eine kürzere als 48-Stunden-Arbeitswoche 35 Prozent der Beschäftigten. Eine 48-Stunden-Arbeitswoche haben 64,7 Prozent, und eine Arbeitswoche über 48 Stunden 0,2 Prozent Beschäftigten. In der Privatindustrie gibt es verschiedene wo aus sanitären und anderen Gründen eine wöchentliche Arbeitszeit als 48 Stunden unumgänglich geboten ist. In Gemeinde- und Staatsbetrieben ist der Maximalarbeitsstag von 48 Stunden bzw. die 48-Stunden-Woche das Gegebene. Das werden die Arbeiter nicht rauben lassen.

Es ist dabei zu bedenken, daß die Gemeinde- und Staatsbetriebe aus zwei Gründen vorbildlich sein können auf diesem Gebiet. Einmal haben fast alle öffentlichen Betriebe Monopolstellung, so daß sie außerhalb der Konkurrenz der freien Wirtschaft stehen. Zum andern geht es auf die Dauer nicht an, die Betriebsbedingungen grundlegend anders zu behandeln als die Arbeiter. Es dabei bleiben: Die Gemeinde- und Staatsbetriebe werden den Achtstundentag nicht rauben lassen.

